

Sachs' flammender Appell für das Völkerrecht

geschrieben von pietrocavadini | 6. Januar 2026



Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Sicherheitsrates,

das Thema, das dem Rat heute vorliegt, ist nicht der Charakter der Regierung Venezuelas. Das Thema ist, ob irgendein Mitgliedsstaat das Recht hat, durch Gewalt, Zwang oder wirtschaftliche Strangulierung die politische Zukunft Venezuelas zu bestimmen oder Kontrolle über dessen Angelegenheiten auszuüben.

Diese Frage zielt direkt auf Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen ab, der die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates verbietet. Der Rat muss entscheiden, ob dieses Verbot aufrechterhalten oder aufgegeben werden soll. Es aufzugeben, hätte Konsequenzen schwerwiegendster Art.

Lassen Sie mich einige Hintergründe anführen. Seit 1947 hat die Außenpolitik der Vereinigten Staaten wiederholt Gewalt, verdeckte Operationen und politische Manipulation eingesetzt, um Regimewechsel in anderen Ländern herbeizuführen. Dies ist eine Frage sorgfältig dokumentierter historischer Aufzeichnungen. In ihrem Buch *Covert Regime Change* dokumentiert die Politikwissenschaftlerin Lindsey O'Rourke allein zwischen 1947 und 1989 siebenzig versuchte US-Operationen zum Regimewechsel. Diese Praktiken endeten nicht mit dem Kalten Krieg.

Seit 1989 umfassten große Operationen der Vereinigten Staaten zum Regimewechsel, die ohne Autorisierung durch den Sicherheitsrat durchgeführt wurden, unter den folgenschwersten: Irak (2003),

Libyen (2011), Syrien (beginnend 2011), Honduras (2009), Ukraine (2014) und Venezuela (ab 2002).

Die angewandten Methoden sind wohlbekannt und gut dokumentiert. Sie umfassen offene Kriegsführung, verdeckte Geheimdienstoperationen, Anstiftung zu Unruhen, Unterstützung bewaffneter Gruppen, Manipulation von Massen- und sozialen Medien, Bestechung von militärischen und zivilen Beamten, gezielte Attentate, Operationen unter falscher Flagge und wirtschaftliche Kriegsführung. Diese Maßnahmen sind nach der UN-Charta illegal und führen typischerweise zu anhaltender Gewalt, tödlichen Konflikten, politischer Instabilität und tiefem Leid der Zivilbevölkerung.

Die jüngste Bilanz der USA in Bezug auf Venezuela ist ebenfalls eindeutig. Im April 2002 wussten die USA von einem versuchten Putsch gegen die Regierung und billigten diesen. In den 2010er Jahren finanzierten die Vereinigten Staaten zivilgesellschaftliche Gruppen, die aktiv an regierungsfeindlichen Protesten beteiligt waren. Als die Regierung gegen die Proteste vorging, folgten die USA mit einer Reihe von Sanktionen. Im Jahr 2015 erklärte Präsident Barack Obama Venezuela zu einer – ich zitiere – „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“.

Im Jahr 2017, bei einem Abendessen mit lateinamerikanischen Führern am Rande der UN-Generalversammlung, diskutierte Präsident Trump offen die Option einer US-Invasion in Venezuela, um die Regierung zu stürzen. Von 2017 bis 2020 verhängten die Vereinigten Staaten umfassende Sanktionen gegen die staatliche Ölgesellschaft PDVSA. Die Ölproduktion fiel von 2016 bis 2020 um 75 %, und das reale BIP pro Kopf sank um 62 %. Die UN-Generalversammlung hat wiederholt mit überwältigender Mehrheit gegen solche einseitigen Zwangsmaßnahmen gestimmt. Nach internationalem Recht hat nur der Sicherheitsrat die Befugnis, solche Maßnahmen zu verhängen.

Am 23. Januar 2019 erkannten die Vereinigten Staaten einseitig Herrn Juan Guaidó als Interimspräsidenten an und froren wenige Tage später rund 7 Milliarden an venezolanischen Staatsvermögen im Ausland ein und übergaben die Verfügungsgewalt über bestimmte Teile dieser Vermögenswerte an die designierte Autorität. Diese Aktionen sind Teil eines kontinuierlichen US-Bestrebens nach einem Regimewechsel, das sich über mehr als zwei Jahrzehnte erstreckt.

Im vergangenen Jahr haben die Vereinigten Staaten Bombenangriffe in sieben Ländern durchgeführt, von denen keiner vom UN-Sicherheitsrat autorisiert war und keiner in rechtmäßiger Selbstverteidigung gemäß der Charta erfolgte. Zu den betroffenen Ländern gehören Iran, Irak, Nigeria, Somalia, Syrien, Jemen und nun Venezuela. Im vergangenen Monat hat Präsident Trump direkte Drohungen gegen sechs UN-Mitgliedsstaaten ausgesprochen, darunter Kolumbien, Dänemark, Iran, Mexiko, Nigeria und natürlich Venezuela.

Die Mitglieder des Rates sind nicht dazu aufgerufen, über Nicolás Maduro zu urteilen. Sie sind nicht dazu aufgerufen zu beurteilen, ob der jüngste US-Angriff und die andauernde Marineblockade zu Freiheit oder zu Unterwerfung führen. Die Mitglieder des Rates sind dazu aufgerufen, das Völkerrecht und insbesondere die UN-Charta zu verteidigen.

Die realistische Schule der internationalen Beziehungen, am brilliantesten artikuliert von John Mearsheimer, beschreibt den Zustand der internationalen Anarchie treffend als die „Tragödie der Großmachtpolitik“. Realismus ist daher eine Beschreibung, keine Lösung für Frieden. Seine eigene Schlussfolgerung ist, dass Anarchie zur Tragödie führt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Völkerbund gegründet, um die Tragödie durch die Anwendung des Völkerrechts zu beenden. Doch die führenden Nationen der Welt versäumten es in den 1930er Jahren, das Völkerrecht zu verteidigen, was zu einem erneuten globalen Krieg führte.

Die Vereinten Nationen gingen aus dieser Katastrophe als der zweite große Versuch der Menschheit

hervor, das Völkerrecht über die internationale Anarchie zu stellen. In den Worten der Charta wurde die UN geschaffen, Zitat: „um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“. Da wir uns im Atomzeitalter befinden, darf sich das Scheitern nicht wiederholen. Die Menschheit würde untergehen. Es gäbe keine dritte Chance.

Um ihrer Verantwortung gemäß der Charta gerecht zu werden, sollte der Sicherheitsrat unverzüglich folgende Maßnahmen bekräftigen:

1. Die Vereinigten Staaten sollen unverzüglich alle expliziten und impliziten Drohungen oder die Anwendung von Gewalt gegen Venezuela unterlassen.
2. Die Vereinigten Staaten sollen ihre Marineblockade und alle damit verbundenen militärischen Zwangsmaßnahmen, die ohne Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat unternommen wurden, beenden.
3. Die Vereinigten Staaten sollen unverzüglich ihre militärischen Streitkräfte aus dem Inneren und entlang der Grenzen Venezuelas abziehen, einschließlich geheimdienstlicher, navaler, luftgestützter und anderer vorwärts stationierter Mittel, die zu Zwangszwecken positioniert wurden.
4. Venezuela soll die UN-Charta und die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützten Menschenrechte einhalten.
5. Der Generalsekretär, so empfehle ich, sollte unverzüglich einen Sondergesandten ernennen, der beauftragt ist, mit den relevanten venezolanischen und internationalen Interessengruppen in Kontakt zu treten und dem Sicherheitsrat innerhalb von 14 Tagen Empfehlungen vorzulegen, die im Einklang mit der Charta stehen.
6. Und der Sicherheitsrat sollte sich weiterhin dringend mit dieser Angelegenheit befassen.

Alle Mitgliedsstaaten sollten von einseitigen Drohungen, Zwangsmaßnahmen oder bewaffneten Aktionen absehen, die außerhalb der Autorität des UN-Sicherheitsrates unternommen werden.

Abschließend, Herr Präsident und sehr geehrte Mitglieder des Rates: Frieden und das Überleben der Menschheit hängen davon ab, ob die Charta der Vereinten Nationen ein lebendiges Instrument des Völkerrechts bleibt oder ob man zulässt, dass sie zur Bedeutungslosigkeit verkümmert. Das ist die Wahl, vor der dieser Rat heute steht.

Vielen Dank.